bremerforum

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



"Ein Modernisierungsbooster für Bremen und Bremerhaven": Andreas Bovenschulte (www.andreas-bovenschulte.de) über das beschlossene Drei-Milliarden-Paket.

ES GEHT UMS GANZE!

Drei-Milliarden-Paket für die Zukunft unseres Landes

Von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

iele Menschen in Bremen und Bremerhaven stehen derzeit unter großem Druck und blicken der Zukunft mit Verunsicherung entgegen. Gleiches gilt für unsere Unternehmen. Das erlebt ihr, das erlebe ich jeden Tag in meinen Gesprächen als Bürgermeister.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf Energiesicherheit und Energiepreise, die sich verschärfende Klimakrise, die hohe Inflation, die Umbrüche in den globalen Liefer- und Produktionsketten sowie die stark wachsende Zahl geflüchteter Menschen stellen eine enorme soziale, ökonomische und ökologische Herausforderung auch für das Land Bremen dar.

Um diesen außergewöhnlichen Herausforderungen entschlossen begegnen zu können, hat sich die rot-grün-rote Re-

gierungskoalition auf ein Drei-Milliarden-Euro-Paket für die Zukunft unseres Landes verständigt:

1. Mit Investitionen in die Transformation der Wirtschaft machen wir den Standort Bremen zukunftsfest, sichern hochwertige Arbeitsplätze und reduzieren CO₂-Emissionen. Damit untermauern wir zugleich unseren Anspruch, die Technologiemetropole im Norden zu sein.

2. Wir fangen gemeinsam mit dem Bund die größten Härten der Energiekrise auf und stehen den Menschen und den Unternehmen zur Seite. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt bewahren und vergessen dabei auch die Initiativen, Verbände und Vereine nicht.

3. Mit der energetischen Sanierung

unserer öffentlichen Gebäude, insbesondere der Schulen, mit Investitionen in den ÖPNV und mit dem Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze verknüpfen wir engagierte Bekämpfung des Klimawandels mit ökonomisch sinnvoller Zukunftsgestaltung.

Wer Bremen zukunftsorientiert aufstellen will, muss Wirtschaft, soziale Sicherheit und Klimaschutz gemeinsam denken. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir wissen: Es braucht das Zusammenspiel aus Energieeinsparung und erneuerbaren Energien, Innovationen und modernen Technologien, qualifizierter Ausund Weiterbildung und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Fortsetzung auf Seite 3

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesorganisation Bremen Violenstraße 43 28195 Bremen Tel.: 0421/3 50 18-0 Fax: 0421/3 50 18-37 info-bremen@spd.de

Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.) Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verant-

wortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Andreas Reißig (V.i.S.d.P.),

Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

ZEIT FÜR ZUSAMMENHALT

Kompetent und sozial Zukunft gestalten.

Krisen meistern

Wir sind mit unserem pragmatischen und umsichtigen Kurs bisher vergleichsweise gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Der Senat unter der Führung von Andreas Bovenschulte hat im Zusammenwirken mit Wohlfahrtsverbänden und der Wirtschaft dafür gesorgt, dass Bremen beim Impfen im Bundesvergleich an der Spitze lag. Wir haben frühzeitig auf mobile Impfangebote in den Quartieren gesetzt und kostenfreie Schutzmasken verteilt. Wirtschaftliche Verwerfungen haben wir mit dem Bremen-Fonds abgemildert. Nun tun wir alles, um auch die Energiekrise gemeinsam zu bewältigen. Aus der Pandemie wissen wir: Zusammenhalt ist der Schlüssel, um gut durch die Krise zu kommen.

Wirtschaft stärken, Jobs sichern

Das Land Bremen ist einer der größten Industriestandorte in Deutschland. Luft- und Raumfahrt, Automobil und Stahl, Häfen und Logistik – all das stärken wir und wir stellen unsere Wirtschaft klimaneutral und digital auf. Das ist die Grundlage für sichere Arbeitsplätze. Mehr Lohngerechtigkeit erreichen wir durch die Erhöhung der Tarifbindung. Zugleich novellieren wir das Tariftreue- und Vergabegesetz, damit öffentliche Aufträge im Bau- und Dienstleistungsbereich an das Zahlen von Tariflöhnen gebunden sind. Mit einem solidarisch finanzierten Landesausbildungsfonds setzen wir finanzielle Anreize für mehr Ausbildungsplätze und bringen mehr junge Menschen in Berufsausbildung.



Klimaschutz & Innovation fördern

Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran und investieren massiv in Innovation, Klimaschutz und digitalen Fortschritt. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Mehr als eine Milliarde Euro aus Landes- und Bundesmitteln fließen in Projekte zur industriellen Nutzung von Wasserstoff, etwa zur Herstellung von grünem Stahl. Von der Schlüsseltechnologie Leichtbau über die Künstliche Intelligenz bis hin zum 3-D-Druck – wir verzahnen Forschung, Softwareentwicklung und Fertigung und machen Bremen zum Vorreiter bei innovativen Technologien. So tragen unsere Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen wesentlich zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei.



Wohnraum schaffen

Wir machen Wohnen bezahlbar. Ob in der Überseestadt oder am Werdersee: Die SPD macht Wohnen in den attraktivsten Lagen auch für kleine und mittlere Einkommen bezahlbar. Dabei gehen die meisten dieser Wohnungen an faire Vermieter wie die GEWOBA, sie bleiben damit dauerhaft gepflegt und bezahlbar. Die Sozialquote bei Neubauten haben wir auf 30 Prozent angehoben. Familien unterstützen wir mit 15.000 Euro beim Kauf eines neu gebauten Eigenheims. Auch für Studierende und Azubis schaffen wir Wohnraum: Das Studierendenheim an der Emmy-Noether-Straße ist fertig und am Ellener Hof in Osterholz entsteht Bremens erstes Azubi-Wohnheim. Weil Wohnen ein Grundrecht ist.

Ouartiere aufwerten

Wir investieren gezielt und wollen insbesondere, dass unsere Traditions-Quartiere wieder in neuem Glanz erstrahlen. Wir haben dafür gesorgt, dass Walle und Woltmershausen angesagt sind. In Hemelingen treiben wir die Aufwertung der Bahnhofstraße und die Entwicklung des Coca-Cola-Geländes voran. Für das Blumenthaler Zentrum haben wir ein Sanierungsgebiet ausgewiesen und beginnen einen umfassenden Umbauprozess, den wir mit 21 Millionen Euro fördern. Für Gröpelingen haben wir das Sonderinvestitionsprogramm bis Ende des Jahrzehnts verlängert.

Für Sicherheit in unseren Quartieren

Ein starker Staat kann sich gegen seine Feinde etwa Rechtsextreme – wehren: Wir treiben den personellen Ausbau der Polizei voran. 2021 und 2022 starteten mit 225/227 Studierenden die größten Ausbildungsjahrgänge in der Geschichte Bremens. 2021 haben wir die Kriminalpolizei personell verstärkt, um wirksamer gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen. Mehr Einsatzkräfte gibt es auch bei der Feuerwehr, im Rettungs- und im Ordnungsdienst. Wir gehen gegen Vermüllung, illegales Glücksspiel und Schrottimmobilien vor. Damit alle Menschen sich sicher und zuhause

Bildungschancen sichern

Seit 2015 haben wir 5.000 neue Kitaplätze ge-

schaffen – so viele wie nie zuvor. Der Ausbau geht mit Hochdruck weiter. Wir haben die Handlungsfähigkeit unserer Grundschulen gestärkt: Über einen eigenen Topf können sie frei über kleinere Investitionen entscheiden, von Basketball-Körben bis zu Hausaufgabenhilfen. So unterstützen wir die schnelle Umsetzung vor Ort. Bis 2025 planen wir die Neugründung von fünf Grundschulen, drei davon in einem Neubau. Zudem bauen wir Schulgebäude für zwei Förderzentren und acht Oberschulen. Als erstes Bundesland haben wir für alle Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte 100.000 Tablets zur Verfügung gestellt und alle Klassenräume mit Luftfiltern ausgestattet.



Zusammenhalt stärken

Wir engagieren uns gemeinsam mit den Menschen vor Ort für eine Kultur der Vielfalt, für gleiche Chancen und gegenseitigen Respekt. Mit dem Programm "Lebendige Quartiere" stärken wir die soziale Infrastruktur vor Ort. Ob Mittagstische für Ältere, Quartierszentren mit Angeboten zur Begegnung, Umweltwächter oder offene Jugendarbeit – wir wollen, dass unsere Quartiere lebendig und lebenswert für alle sind. Mit der Familiencard/ Freikarte erhalten alle Kinder und Jugendlichen in den Herbstferien eine Guthabenkarte im Wert von 60 Euro für Aktivitäten in Freizeiteinrichtungen ein Stück Normalität nach zwei Jahren Pandemie. Mit mehr Kräften im Ordnungsdienst sorgen wir für Sauberkeit und Sicherheit in unseren Quartieren.

Kultur leben

Wir haben den Kulturetat um 8,5 Millionen Euro deutlich erhöht. Damit können wir Einrichtungen und Projekte verlässlich fördern und zugleich neue Akzente setzen. Mit Bundes- und Bremen-Fonds-Mitteln unterstützen wir Kulturschaffende und verbessern die Bedingungen von Honorarkräften, insbesondere bei der Volkshochschule und der Musikschule. Wir fördern Projekte für die junge Generation und schaffen im Tabakquartier mit dem "Zentrum für Künste" einen Kristallisationspunkt für die freie Szene. In direkter Nachbarschaft zu den Bremer Philharmonikern entsteht ein modernes Kunstzentrum mit Ateliers, Bühnen- und Proberäumen. Und mit dem geplanten Stadtmusikantenhaus fördern wir ein neues Literaturhaus, das unseren Ruf als Literaturstadt unterstreichen wird

vorwärts 5/2022 bremerFORUM III

Fortsetzung der Seite 1

An zwei Beispielen möchte ich das konkret machen: Die energetische Sanierung unserer Gebäude, für die wir eine Milliarde Euro aufwenden wollen, kommt ohne jeden Zweifel dem Klima zugute, denn sanierte Gebäude brauchen weniger Energie und verursachen damit weniger CO₂-Emissionen. Sanierte Gebäude machen sich aber gerade in Zeiten hoher Energiepreise auch ganz schnell positiv in der Kasse bemerkbar. Zugespitzt formuliert: Die Gebäudesanierung finanziert sich praktisch selber. Zweites Beispiel: Die Stahlwerke wollen ihre Produktion in einigen Jahren nicht mehr mit Gas, sondern mit grünem Wasserstoff betreiben. Das ist gut für die Umwelt, aber das ist auch gut für das Unternehmen und seine 3.000 Arbeitsplätze. Denn das derzeitige Herstellungsverfahren hat auf dem Markt schlicht keine Zukunft mehr. Schon heute kaufen deutsche Automobilhersteller, um ihre produktionsbezogenen Klimaziele zu erreichen, klimaneutralen Stahl in Skandinavien ein. Es ist absehbar, dass das in ein paar Jahren zum Regelfall wird und andere Stahlbleche sich schlicht nicht mehr verkaufen lassen.

Unser Anspruch ist: Auch in Krisenzeiten muss es uns gelingen, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke und ökologische Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Denn gerade in der Krise geht es ums Ganze. So wichtig es ist, den Blick in die Zukunft zu richten, so klar ist allerdings auch: Für viele Bürgerinnen und Bürger und viele Unternehmen steht derzeit die bange Frage, wie sie finanziell über den nächsten Winter kommen sollen, ganz im Vordergrund.

Die Bundesregierung hat bereits umfangreiche Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Hierzu gehören unter anderem die Strom- und Gaspreisbremse, die Erhöhung und Ausweitung des Wohngeldes und Steuerentlastungen. Die Bundesprogramme alleine werden aber nicht reichen. Deshalb stellen wir im Rahmen des Drei-Milliarden-Pakets bis zu 500 Millionen Euro an eigenen Mitteln für ergänzende Hilfen zur Bewältigung der unmittelbaren Folgen des Ukraine-Krieges bereit – zum Beispiel für einen Schutzschirm für Verbände, Vereine und Initiativen, aber auch als Ausgleich für steigende Sozialausgaben und wegbrechende Steuereinnahmen. Die enormen finanziellen Anstrengungen, die zur Bewältigung der Krise erforderlich sind, sind nicht im Rahmen der regulären Haushalte zu stemmen. Die Aufnahme von Krediten unter Nutzung der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse für außergewöhnliche Notsituationen wird daher leider unumgänglich sein. Damit stehen wir nicht allein, das geht auch dem Bund und anderen Bundesländern so.

Die Aufnahme von Krediten muss jedoch in jedem Fall sehr sorgfältig geprüft werden, damit Zinsen und Tilgung die künftigen Haushalte nicht zu stark belasten. Deshalb werden wir in erster Linie Fördermittel des Bundes und der EU nutzen, wo immer es möglich ist. Die Beträge, die wir investieren wollen, sind wahrlich kein Pappenstiel. Aber die Menschen verdienen Mut und Entschlossenheit, wenn es gilt, unser Land beherzt durch die Krisen zu steuern.

Mit dem Drei-Milliarden-Paket haben

wir einen Modernisierungsbooster auf

den Weg gebracht, der Bremen zum

Vorreiter für Klimaschutz und nachhal-

tige Industriepolitik macht.

Mitte August 2019 Bremer
Bürgermeister und Präsident
des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Zuvor war er in
der Nachbargemeinde Weyhe
von 2014 bis 2019 Bürgermeister. Andreas Bovenschulte ist
seit 1984 Mitglied der SPD
und seit 30 Jahren Mitglied
der Gewerkschaft ver.di. Von
Juni 2010 bis Dezember 2013
war er Vorsitzender der SPD
LAND BREMEN. Er ist SPDSpitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl am 23. Mai 2023.





ANZEIGE -

INFO

FRAKTION VOR ORT

Als SPD-Fraktion sind wir ansprechbar. Und wir gehen aktiv auf die Menschen zu. Aus diesem Grund laden wir zu Terminen ein und sind mit unserem Roten Bus in den Stadtteilen präsent.

Alle Informationen und aktuellen Termine gibt es unter:

www.spd-fraktion-bremen.de/ fraktion-vor-ort



BREMER WUMMS!

3 Milliarden-Euro-Paket zur Bewältigung der multiplen Krise Güngör: "Wir müssen jetzt etwas Großes tun!"

rei Milliarden Euro umfasst ein Krisenfonds, den die rot-grünrote Koalition Mitte November auf den Weg gebracht hat - 500 Millionen Euro zur Bewältigung der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie bis zu 2,5 Milliarden Euro für Investitionen in den Klimaschutz bis zum Jahr 2027. "Es geht jetzt um nichts weniger als die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Bremen und Bremerhaven im Rahmen einer Zeitenwende! Diese Koalition beweist Handlungswilligkeit und Handlungsfähigkeit in schwieriger Zeit. Klar ist aber ebenso: Die historisch einmaligen Herausforderungen, vor denen wir stehen, verlangen auch Investitionen in historisch einmaliger Höhe", sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, in der Debatte zu einer Regierungserklärung, in der Bürgermeister Andreas Bovenschulte die Pläne vorgestellt hatte.

"Wir erleben in diesen Monaten eine Zeit sich überlappender und zum Teil miteinander verbundener Krisen: Die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher. Die gravierenden Folgen der Corona-Pandemie treten immer offener zutage – zum Beispiel und gerade im Bildungsbereich. Und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt neben vielen Opfern auch zu heftig steigenden Stromund Gaspreisen. Auch alles andere wird teurer. Die Inflation ist so hoch wie seit Ewigkeiten nicht mehr. Kurzum: Wir stehen vor den größten sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen seit Jahrzehnten. Und wir nehmen diese Herausforderungen an!", sagte Güngör. "Wir wollen mit kurzfristigen Hilfen für Entlastungen sorgen, damit die Menschen nach dem Energiepreisschock gut durch den Winter kommen. Und gleichzeitig wollen wir jetzt die Voraussetzungen für einen massiven Investitionsschub schaffen, um die Energieversorgung der Zukunft und den wirtschaftlichen Strukturwandel meistern zu können. Denn eines ist klar: Entweder gelingt es uns, unsere Wirtschaft, Energieversorgung und Gesellschaft klimaneutral umzugestalten – oder unser Wohlstand, Arbeitsplätze und staatliche Handlungsfähigkeit sind in Gefahr." Deswegen stünden die rot-grün-rote Koalition und der Senat für das größte Transformationsprogramm der jüngeren Geschichte. "Drei Milliarden Euro zusätzlich – das ist unser Bremer Wumms!"

Klar sei aber auch, dass die Investitionen nicht im Rahmen der laufenden Haushalte bewältigt werden könnten. "Wir müssen und werden für dieses Programm auch Schulden machen. Und ja: Wir tun dies im Rahmen der Schuldenbremse, da sowohl der Krieg in der Ukraine und Angriff auf unsere Energieversorgung als auch der Klimawandel eine außergewöhnliche Notlage darstellen, die sich der Kontrolle Bremens entzieht", sagte Güngör – und sprach sich grundsätzlich erneut dafür aus, die Schuldenbremse generell zu überwinden.

"Tatsache ist: Niemand von uns weiß, wie die Welt in zwei Jahren aussieht", so Güngör abschließend. "Was wir aber wissen, ist, dass wir jetzt etwas Großes tun müssen – und dass wir uns auch zutrauen müssen, etwas Großes zu tun. Das ist vorausschauende und verantwortungsvolle Politik!" ■

NACHTRAGSHAUSHALT BESCHLOSSEN

Maßnahmen aus dem Bremen-Fonds werden auf dieses Jahr vorgezogen

ie Bürgerschaft hat einen Nachtragshaushalt für dieses Jahr beschlossen. Hintergrund ist, dass Bremen in diesem und im kommenden Jahr laut Steuerschätzung erheblich mehr Geld einnehmen wird als ursprünglich angenommen. Aus diesem Grund kann und wird im kommenden Jahr nicht mehr die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie greifen. Entsprechend werden geplante Maßnahmen auf dieses Jahr vorgezogen..

Dies sei auch richtig, betonte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk. "Diese Mittel sind ja nach wie vor dafür gedacht, ganz bestimmte Probleme zu bedienen", erklärte Gottschalk. "Es geht unter anderem um Sonderinvestitionen zur Stärkung der Pandemieresilienz unserer Krankenhäuser, es geht um einen Rettungsschirm für den ÖPNV, um den Neustart der Kultur und um die Umsetzung eines Bundesprogramms zur Abmilderung der Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche. All dies sind Maßnahmen, bei denen es keinen Sinn machen würde, sie einfach abzubrechen."

Gottschalk wies zudem darauf hin, dass mit dem Beschluss, die sogenannte Konjunkturbereinigung der Schuldenbremse ausgesetzt werde. Diese hätte dazu geführt, dass knapp 390 Millionen Euro im laufenden Haushalt hätten eingespart werden müssen. Außerdem sehe der Nachtragshaushalt als erste Reaktion auf die aktuelle Krise und die steigenden



Energiepreise einen Topf mit einem Volumen von 10 Millionen Euro vor, um erste soziale und ökonomische Stützungsmaßnahmen umsetzen zu können. "Insgesamt", fasste der Sozialdemokrat zusammen, " ist das, was wir umsetzen, ökonomisch, sozial und haushaltspolitisch wichtig und absolut richtig."